

## Haushaltsrede der SPD-Kreistags-Fraktion zum Haushalts-Entwurf 2024

20.11.2023

Dr. Tobias Brenner

**Es gilt das gesprochene Wort!**

Sehr geehrte Damen und Herren,  
liebe Kolleginnen und Kollegen,  
sehr geehrter Herr Landrat,

die Welt scheint aus den Fugen geraten zu sein.

Die weltweiten Krisen schlagen sich auch im Kreis Böblingen nieder. Allen voran die Klimaveränderung und die steigenden Flüchtlingszahlen.

Im Blick auf den Klimawandel bilden unsere **Nachhaltigkeitsstrategie** und das Ziel der **Klimaneutralität bis 2035** nach wie vor den Rahmen.

Die Energiewende wird nur gelingen, wenn wir beim Ausbau der **erneuerbaren Energien** vorankommen, konkret die Photovoltaik weiter ausbauen und den Ausbau der Windkraft forcieren.

Richtig ist auch, dem **Katastrophenschutz** verstärkte Aufmerksamkeit zu widmen.

Eigentlich haben wir keine Zeit zu verlieren, und doch brauchen wir die Zeit der sogenannten kleinen Schritte und Kompromisse, um die Bevölkerung, vor allem diejenigen, die jeden Euro zweimal umdrehen müssen, mitzunehmen.

Das Dilemma der steigenden **Flüchtlings**zahlen hat der frühere Bundespräsident Joachim Gauck bereits 2015 auf den Punkt gebracht: „Unser Herz ist weit, aber unsere Möglichkeiten sind endlich.“

Dabei sind Menschenwürde, innerer Friede und Steuerbarkeit gleichermaßen im Blick zu behalten.

Nicht alle der kursierenden Vorschläge sind sachgemäß und zielführend. Deutlich ist aber, dass zwischen Arbeitsmigration und Schutzsuchenden unterschieden werden muss, dass die unterschiedliche Behandlung letzterer aufhören muss, dass eine europäische Harmonisierung und dass die Kontrolle der Außengrenzen erforderlich sind, dass die Verfahren zu beschleunigen sind und dass hierzu die Anträge auch außerhalb der gemeinsamen Grenzen zu stellen sind.

Wir können hier mangels eigener Zuständigkeit nur an den Bund appellieren.

Die größte Herausforderung für die wir originär zuständig, wenn auch nicht verantwortlich, sind, liegt im **Gesundheitsbereich**: der Mangel beim medizinischen Fachpersonal sowie das steigende Defizit der **Kliniken** lasten neben den Kosten für das Flugfeldklinikum schwer auf uns.

Natürlich gefallen uns die von uns nicht zu beeinflussenden Baupreissteigerungen beim Flugfeldklinikum nicht, doch ist dieses finanziert und Zins und Tilgung sind überschaubar und planbar.

Nicht überschaubar ist das steigende Betriebskostendefizit. Die Schere zwischen Einnahmen und Kosten geht immer mehr auseinander, ohne dass ein Ende in Sicht ist. Sinkenden Einnahmen seit Corona stehen unzureichende Investitionszuschüsse des Landes und unzureichende Erstattungen seitens des Bundes aufgrund des Fallpauschalen-Systems, das auch die angekündigte Reform Lauterbachs nicht vollständig beseitigt wird, sowie starre Mindestmengenvorgaben gegenüber und das alles bei steigenden Personalkosten, die nicht annähernd ausgeglichen werden, ebenso wenig wie die steigenden Energiekosten.

Es gibt im Kern nur drei Möglichkeiten, wobei zwei, eine Privatisierung und eine permanente Erhöhung der Kreisumlage ausscheiden:

Eine Privatisierung führt zu einer „Rosinen-Pickerei“ bei den medizinischen Leistungen und einer Ausdünnung medizinischer Leistungen, die niemand will.

Einen Blankoscheck – gleichsam eine Erhöhung der Kreisumlage „What ever it takes“, das heißt egal in welcher Höhe - stellt kein Gemeinderat und kein Bürgermeister aus.

Von daher bleibt nur eine Anpassung der Strukturen, die wir auch bräuchten, wenn Geld keine Rolle spielte. Denn aufgrund des anhaltenden Fachkräftemangels können wir nicht mehr an allen Standorten alle Hauptabteilungen mit allen Leistungen anbieten.

Wir brauchen neben einem Ergebnisverbesserungsprogramm eine Fortschreibung unserer Medizinkonzeption mit der vom Standort losgelösten Leitfrage: Welche medizinischen Leistungen brauchen wir für unsere Bevölkerung an welchem Ort, um die bestmögliche Versorgung zu gewährleisten? Das wird nicht ohne Einschnitte gehen, aber neben dem Fachkräftemangel drängen uns Mindestmengenvorgaben und der Ausbau ambulanter Leistungen dazu.

Diese Entwicklungen erfordern auch eine Vertiefung des Verbundes zwischen Böblingen und Calw mit dem Ziel einer Fusion, um die komplexen Strukturen zu verschlanken und effektiver zu werden.

Wir hoffen, dass wir nicht zuletzt im Interesse der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter möglichst bis Jahresende Klarheit über den weiteren Weg haben werden.

Daneben muss unser Augenmerk auf dem zentralen Zukunftsthema der **Bildung** und Ausbildung liegen.

Die Schülerzahlen an unseren Berufsschulen, die Resonanz des auf unseren Antrag hin initiierten Ausbildungsvorbereitungsganges „**AVdual**“ und die veränderten gesellschaftlichen Verhältnisse erfordern, dass wir unser langfristig angelegtes **Schulbausanierungs- und Schulentwicklungsprogramm** unter Einbeziehung neuester bildungspolitischer und pädagogischer Entwicklungen zwar Schritt für Schritt, aber konsequent angehen: Mit Campus-Lösungen, die für neue Entwicklungen offen sind.

Flankierend müssen wir den Wachstumskurs des **Herman-Hollerith-Zentrums**, des **Zentrums für Digitalisierung** und des Projekts „**AIXpress**“ unterstützen, ebenso den „**Quantum Garden**“ in Ehningen, auch wenn das Projekt derzeit stockt.

Von zentraler sozialer Bedeutung ist für uns das **Schaffen bezahlbaren Wohnraums**.

Hier müssen verschiedene Akteure zusammenwirken: Der Fiskus mit Steuererleichterungen, Genehmigungsbehörden mit Vereinfachungen, Bauherrn mit Standardanpassungen,

Unternehmen mit Augenmaß bei den Gewinnmargen und Städte und Gemeinden mit der Hand auf einem nennenswerten Anteil des Grundstücksmarktes.

Wir können dabei mit der Neubelebung des „**Bündnisses für bezahlbaren Wohnraum**“ und unserem „**Wohnraumakquise-Modell**“ unterstützen. Für vielversprechend halten wir auch ein von uns angeregtes **Bürgerbaugenossenschafts-Modell** auf Erbpacht-Basis.

Neben den Investitionen in die Kliniken und Schulen, die Priorität genießen, werden wir auf Sicht nur die begonnenen Projekte umsetzen können:

Dazu gehört für uns vor allem der **Neubau für FORTIS e.V.**, mit dem wir Menschen ein Angebot machen können, die es auf dem freien Wohnungs-Markt mehr als schwer hätten und für die wir als Landkreis zuständig wären.

Ebenso steht für uns die Verwirklichung des von uns seit langem geforderten und angestoßenen **Frauen- und Kinderschutzhouses** außer Frage. Es ist unverständlich, wie das zuständige Bundesministerium die Förderanträge verschleppt!

Nach vorne auf der Prioritätenliste gehört für uns auch ein „**Haus des Jugendrechts**“, das vor allem ideeller Unterstützung bedarf. Konsequenzen auf ein Fehlverhalten müssen zeitnah erfolgen, wenn sie künftige Verhaltensänderungen bewirken sollen. Dem werden wir nur unzureichend gerecht. Deshalb ist das Haus des Jugendrechts unverzichtbar.

Die Verwaltung muss auch einen Schwerpunkt beim **Jugendamt** und der **Betreuungsbehörde** setzen. Die personelle Ausstattung, insbesondere bei der Betreuungsbehörde, ist seit Jahren unzureichend und wurde durch das seit diesem Jahr geltende Recht noch verschärft.

Wartezeiten von mehr als einem halben Jahr sind nicht zumutbar! Die vorgesehen eine Neustelle ist zu wenig!

Im Blick auf unsere **Straßen** gilt unser Augenmerk aus Gründen der Schwerpunktsetzung dem Erhalt des bestehenden Netzes, um es in einem guten bis mittleren Zustand zu halten - in Schulnoten gesprochen: mit einer 2 vor dem Komma.

Unser integriertes **Mobilitätskonzept** mit seiner Vernetzung und Verzahnung der verschiedenen Verkehrsarten legt den Schwerpunkt zu Recht weiterhin auf den Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) und den Ausbau des **Radwegenetzes**.

Trotz des Einbruchs der Fahrgastzahlen durch die Corona-Pandemie dürfen wir Angebotsverbesserungen nicht unbegrenzt „auf Eis legen“, vor allem den 15-Minuten-Takt auf

der S 60. Hier brauchen wir klare Aussagen zu den notwendigen Bauarbeiten und einen verbindlichen Zeitplan. Im sonst gut ausgebauten S-Bahn-System in unserem Landkreis ist das ein Nadelöhr für viele Pendler, zumal oft der Anschluss von der S 1 auf die S 60 verpasst wird – bei dem bestehenden Halbstundentakt ein Ärgernis!

Doch sind zunächst einmal Verlässlichkeit und Zuverlässigkeit gefragt!

Die noch ausstehende Zulassung der für die **Schönbuch-Bahn** bestellten Elektrofahrzeuge ist nach wie vor ein Ärgernis!

Unser langfristiges Ziel bleibt ein VVS-weites **Sozialticket**, auch wenn mit dem **49-Euro-Ticket** ein Meilenstein erreicht wurde. Dessen Finanzierung muss zwischen Bund und Land gesichert werden!

Noch ein Wort zur **Abfallwirtschaft**, das nach wie vor gilt:

Hier sehen wir immer noch Spielraum für eine größere Verbreitung der **orangenen Wertstofftonne**, um unser Bring-System zu ergänzen.

Permanentes Ziel bleibt die Müllvermeidung als oberste Priorität. Und dann gilt es die Verwertung, vor allem die Trennung von recycelbarem und nicht recycelbarem Müll, zu verbessern.

Wie finanzieren wir das alles?

Mit einem nicht ausgeglichenen Haushalt!

Und das obwohl unsere Steuerkraft, wenn auch getragen durch unsere Automobilbauer, einen Rekordwert erreicht.

Von daher lässt einen der von der Verwaltung vorgeschlagene, im Vergleich zum letzten Jahr stabil gehaltene **Kreisumlagehebesatz** von 32,0 Prozentpunkten etwas verwundert die Augen reiben.

Im Grund genommen wäre einen Hebesatz von 33,0 Prozentpunkten vernünftiger, um die Risiken abzufedern und den Hebesatz in den nächsten Jahren zu verstetigen und nicht größere Sprünge vor zu programmieren!

Wenn wir, was ein Novum wäre, dennoch keine Erhöhung beantragen – wie wir überhaupt angesichts der finanziellen Risiken auf finanzwirksame Anträge verzichten -, dann nur deshalb, weil die finanzielle Ausstattung der Städte und Gemeinden höchst unterschiedlich ist: Neben Sindelfingen und Weissach gibt es auch Herrenberg und Weil der Stadt.

Und – last but not least - weil wir trotz aller Risiken davon ausgehen, dass die amtsbedingt notorisch düsteren Prognosen des Landrats und Finanzdezernenten am Ende des Tages doch nicht, jedenfalls nicht so, eintreffen werden!

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!